



### Presseschau vom 14.04.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Abends / nachts:

De.sputniknews.com: Ukraine war nur Randthema bei Gespräch Putins mit Tillerson  
Russlands Präsident Wladimir Putin hat laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bei seinem Gespräch mit US-Außenminister Rex Tillerson in Moskau das Thema Ukraine nur ansatzweise berührt.

Zuvor hatte The New York Times berichtet, dass im Ergebnis des Gesprächs Putins mit Tillerson klar geworden sei, dass sie nicht nur unterschiedliche Weltanschauungen, sondern auch eine unterschiedliche Sicht auf Tatsachen haben.

Dies hat laut der Zeitung nicht ermöglicht, irgendetwas als nur „kosmetische Vereinbarungen“ zu erreichen.

*Dnr-news.com: In der Ukraine wurde vorgeschlagen, den Feiertag des 8. März abzuschaffen  
Das Ukrainische Institut für Nationales Gedenken hat einen Gesetzesentwurf zu den staatlichen und anderen Feiertagen ausgearbeitet, in dem vorgeschlagen wird, den 8. März als Feiertag abzuschaffen, jedoch den 1. Mai als arbeitsfreien Tag zu erhalten, erklärte der Leiter des Instituts Wladimir Wjatrowitsch.*

*„Wir fassen die Ergebnisse der öffentlichen Diskussion des Gesetzesprojektes zu staatlichen*

und anderen Feiertagen zusammen... Das Dokument wurde durch eine neue Kategorie ergänzt – „Internationale Tage“, wohinein unter anderem auch der 8. März zählt – der Tag des Kampfes für die Rechte der Frauen (der Tag wird ein Festtag bleiben, aber kein arbeitsfreier Tag sein), und der 1. Mai, der Tag der Arbeit (arbeitsfreier Tag). Da die Ukrainer die vorgesehene Einführung des Schewtschenko-Tages (am 9. März) und des Tages der Familie (erster Freitag in September) als arbeitsfreie Tage nicht unterstützt haben, wurden diese Vorschläge aus dem Kalender entfernt“, schrieb Wjatrowitsch am Donnerstag auf seiner Facebook-Seite.

De.sputniknews.com: Russland hält Zeitpunkt der US-Warnung vor Luftangriff in Syrien geheim

Der russische Vize-Außenminister Gennadi Gatilow ist in einem Interview mit Sputnik einer Offenlegung des tatsächlichen Zeitpunkts, zu dem die USA Russland vor ihrem Luftschlag auf den syrischen Luftwaffenstützpunkt al-Shairat gewarnt hatten, ausgewichen.

„Dies ist auch eine Angelegenheit, die nicht preisgegeben werden darf, dies ist eindeutig eine Frage, die über diplomatische und militärische Kanäle gelöst wird. Deshalb werde ich nicht weiter auf dieses Thema eingehen“, sagte Gatilow....

Ukrinform: Nächste Woche sollen in Kiew taktisch-spezielle Übungen für die Gewährleistung der Sicherheit während der Durchführung in Kiew des Musikwettbewerbs Eurovision 2017 stattfinden, gab heute auf dem Briefing der Leiter des Stabs für Koordinierung von Sicherheitsmaßnahmen bei der Vorbereitung und Durchführung des Eurovision 2017 in der Ukraine, Bohdan Lisohyb, bekannt, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Natürlich bereiten wir uns auf jede Entwicklung von Ereignissen in Kiew während der Durchführung des Eurovision Song Contest vor. Wir gehen alle Varianten durch und bereiten uns vor, auf sie zu reagieren und arbeiten auch an der Verhinderung von Negativszenarien. Dafür führen wir entsprechende Übungen durch...“, sagte Lisohyb.

Er stellte ferner fest, dass alle Rechtsschutzorgane derzeit alle notwendigen Maßnahmen treffen, damit Eurovision in der Ukraine für die Gäste des Wettbewerbs und Mitglieder der ausländischen Delegationen sicher wird.

Der Vertreter der Nationalpolizei der Ukraine, Anatolij Seredynskyj, hat berichtet, dass für die Sicherheit beim Eurovision Song Contest auch die Vertreter einer Sonderreinheit KORD herangezogen werden. Außerdem beginnt jetzt ihm zufolge die Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen in der U-Bahn und usw.

De.sputniknews.com: Europäische Rundfunkunion: Russland nimmt nicht an ESC 2017 teil (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Russland nimmt nicht am Eurovision Song Contest 2017 in der ukrainischen Hauptstadt Kiew teil. Das bestätigte die europäische Rundfunkunion (EBU, Veranstalter des Gesangswettbewerbs) am Donnerstag.

Zuvor hatte die EBU Russland vorgeschlagen, die russische ESC-Kandidatin Julia Samoilowa, für die Kiew ein Einreiseverbot verhängt hatte, auszuwechseln oder deren Fernteilnahme zu organisieren.

Der russische TV-Sender „Perwy Kanal“ lehnte eine Live-Schaltung von Samojlowa zum Eurovision Song Contest ab und betonte, dass dies den Regeln und Prinzipien des Wettbewerbes widerspreche. Auch von einem Auswechseln von Samoilowa könne keine Rede sein. Aus diesem Grund will der Sender den Eurovision Song Contest in Kiew nicht übertragen.

„Bedauerlicherweise bedeutet dies, dass Russland diesmal nicht am Wettbewerb teilnehmen wird“, heißt es in der EBU-Mitteilung.

Zuvor hatte die EBU einen Brief an den ukrainischen Premier Wladimir Groisman geschickt. Darin drohte die Rundfunkunion Kiew mit harten Sanktionen, falls die russische ESC-Kandidatin Julia Samoilowa die Einreise und damit die Songcontest-Teilnahme weiterhin verwehrt werden sollte. Unter anderem wird der ukrainischen Seite nahegelegt, dass das „inakzeptable Einreiseverbot“ für die russische ESC-Teilnehmerin Julia Samoilowa gegen die Regeln und Traditionen des Song Contests verstoße, mehrere Länder sich deswegen für einen Eurovision-Boykott ausgesprochen hätten und künftig zudem auch ein Ausschluss der Ukraine aus dem Wettbewerb denkbar sei.

Zuvor war berichtet worden, dass der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU der russischen Teilnehmerin Julia Samoilowa die Einreise in die Ukraine für drei Jahre verboten hatte. Zur Begründung wies die Behörde auf einen „illegalen Auftritt der Sängerin auf der von Russland 2014 annektierten Halbinsel Krim“ hin. Kiew bestraft Reisen auf die Krim über russisches Gebiet mit Einreiseverbot in die Ukraine.

Der Eurovision Song Contest 2017 findet vom 8. bis 13. Mai in der ukrainischen Hauptstadt Kiew statt. [De.sputniknews.com](http://De.sputniknews.com):



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31475/27/314752720.jpg>

Rusvesna.su: Die Ukraine will einen 93jährigen Oberst des KGB anklagen für die Verhaftung eines UPA-Kämpfers

In der Ukraine will man den 93jährigen Oberst des KGB Boris Stekljar verurteilen, der im Jahr 1951 den UPA-Kämpfer Nil Chassewitsch verhaften wollte.

In der Generalstaatsanwaltschaft wurde eine Erklärung des Nationalen Zentrums zum Schutz der Menschenrechte eingereicht mit der Forderung eines Gerichtsverfahrens gegen den Tschekisten.

„Die verbrecherische Tätigkeit des Offiziers für Staatssicherheit Stekljar hat keine Verjährungsfrist. Statt Strafverfolgung und Haft des Mörders ukrainischer Patrioten erhält der Oberst des KGB Auszeichnungen und soziale Vergünstigungen, gibt russischen Zeitungen Interviews und kann sich frei in Rowno bewegen“ empört sich Polischuk.

Nil Chassewitsch war kein gewöhnlicher Kämpfer. Wie sein Idol Adolf Hitler hätte auch er ein Maler werden können: studierte Malerei in Warschau, erhielt Diplome und Geldprämien der Polnischen Akademie der bildenden Kunst, erhielt Hilfe bei der Organisation von Ausstellungen und hatte sich kaum für Politik interessiert.

Im Jahr 1939 wurde in Warschau wurde das Album Exlibris „Akademische Zeiches des Nil Chassewitsch“ herausgegeben, nach dem er in demselben Jahr in die OUN (der politische Flügel der UPA) eintrat.

(OUN ist die „Partei ukrainischer Nationalisten“ Banderas, die mit den deutschen Besatzern kollaborierte – Anm. d. Übers.)

Im Jahr 1941 mit dem Einmarsch der Hitlerarmee in das Gebiet der USSR hat der Vertreter der „reinen Kunst“ seine finanzielle Lage verbessert, indem er sich als Zivilrichter der Besatzungsmacht verdingte.

In der Ukraine wird heute versucht zu widerlegen, dass Chassewitsch Menschen verurteilte für die Untergrabung von Lebensmittellieferungen ins 3. Reich, für die Verweigerung von Zwangsarbeit, für die Unterstützung von Partisanen, für das Verstecken von Juden.

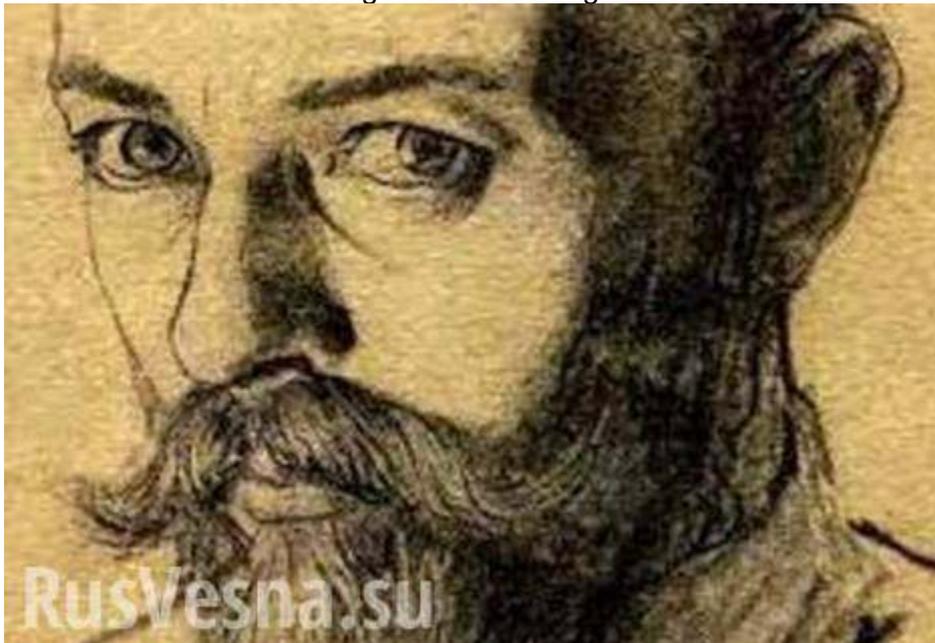
Außerdem arbeitete er als Illustrator für ukrainische Nazizeitungen. Und natürlich nahm er an Ausstellungen teil, nicht mehr im „verfluchten“ Warschau, sondern in Lwow.

Nach der Befreiung der Ukraine von den deutschen Nazibesatzern ging Chassewitsch in den Untergrund, entwarf und druckte Falschgeld „Raspiski“) für die UPA und andere Dokumente.

(UPA – „Ukrainische Befreiungsarmee“, kämpfte zuerst an der Seite der Wehrmacht, ist verantwortlich für zahlreiche Massaker an Polen und Juden, später in Untergrundgruppierungen gegen die Sowjetunion – Anm. D. Übers.)

1951 spürten die Tschekisten den Erdbunker auf, in dem sich Chassewitsch und 2 seiner Komplizen versteckten. Die Tatsache, dass sie aufgefordert worden waren, sich zu ergeben, kann niemand bestreiten. Chassewitsch war im Westen sehr bekannt und in solchen Fällen versuchte das MfS, die ehemaligen Feinde für sich zu gewinnen. Die Kämpfer der UPA beschlossen aber, Selbstmord zu begehen, genauer gesagt erschoss Chassewitsch zuvor einen seiner Mitkämpfer, der den Bunker verlassen wollte.

Es scheint, als wolle die Ukraine einen politischen Prozess durchführen nach dem Vorbild Lettlands, das in den 2000er Jahren einen politischen Prozess gegen den sowjetischen Partisanen Wassilij Kononow inszenieren wollte. Damals musste das lettische Gericht eine Anklage nach der anderen fallen lassen, und nur der Tod des ehemaligen Partisanen verhinderte seine vollständige Rehabilitierung. Doch die Ukraine ist eben ein Sonderfall.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node\\_pic/public/upa\\_nil\\_hasevich.jpg?itok=PDpzFFMj](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/upa_nil_hasevich.jpg?itok=PDpzFFMj)

**Vormittags:**

De.sputniknews.com: Erst zahlen, dann bomben – Snowden lüftet Geheimnis um US-Schlag in Afghanistan

Der US-Luftschlag in Afghanistan ist laut dem ehemaligen CIA-Mitarbeiter Edward Snowden auf unterirdische Gänge der Kämpfer versetzt worden, die zuvor noch mit US-Geldern gebaut worden waren.

Dabei handelte es sich laut Snowden um den künstlich angelegten Höhlenkomplex Tora-Bora, etwa 40 km südlich von Dschalalabad in der Provinz Nangarhar. Seine Erklärung, die Snowden auf Twitter veröffentlichte, belegte der Whistleblower mit einem Artikel von der „New York Times“.

„Tora-Bora war eine verstärkte Anlage“, heißt es in dem von Snowden zitierten Artikel, „ein für die Mudschaheds eingerichteter Komplex, der teilweise von der CIA finanziert wurde.“

Am Donnerstag hatten die US-Streitkräfte in Afghanistan ihre stärkste nicht atomare Bombe vom Typ GBU-43 eingesetzt. Laut dem US-Sender CBS News war dieser Einsatz der erste überhaupt seit ihrer Entwicklung 2003. Die Bombe enthält mehr als 8500 Kilogramm Sprengstoff und hat eine Sprengkraft von 11 Tonnen TNT-Äquivalent.

Ziel der Anschläge waren Tunnel, die die Kämpfer der Terrormiliz Islamischer Staat (auch IS, Daesh) für die Verlegung ihrer Kräfte nutzten.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **fünfmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Krasnyj Jar und Frunse, von Kalinowo-Bortschtschewatoje und des Denkmals des Fürsten Igor.**

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen.

De.sputniknews.com: Afghanistan: Erste Folgen des US-Bombardements kommen ans Licht Die amerikanischen Streitkräfte haben mit dem Abwurf ihrer stärksten nicht atomaren Bombe GBU-43 in Afghanistan 36 Kämpfer der Terrormiliz Islamischer Staat (auch IS, Daesh) getötet. Dies meldet die Agentur AFP unter Berufung auf die Erklärung des afghanischen Verteidigungsministeriums.

Afghanische Behörden sollen demnach Zivilopfer ausgeschlossen haben.

Der Sprecher des Weißen Hauses, Sean Spicer, gab kurz nach dem Abwurf bekannt, es seien Vorkehrungen getroffen worden, Opfer unter Zivilisten möglichst zu vermeiden. Dabei wollte er jedoch nicht eindeutig sagen, ob der US-Präsident Donald Trump den Abwurf persönlich angeordnet habe....

Dan-news.info: „In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **58 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Insgesamt wurden von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **19 Ortschaften der Republik** beschossen“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Bei den Beschüssen der frontnahen Zonen der DVR haben die ukrainischen Truppen schwere Artillerie, Panzergeschütze, Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

De.sputniknews.com: Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, hat Medienberichte über angeblich von den USA abgefangenen Gesprächen syrischer Militärs über die Vorbereitung einer Chemieattacke in Chan Scheichun in der syrischen Provinz Idlib kommentiert.

„Das Pentagon rechtfertigt traditionell jede Verletzung des Völkerrechts, insbesondere gegen

souveräne Staaten verübte Militäraktionen mit dem Vorhandensein ‚unbestreitbarer‘ Beweise für die Übeltaten“, so Konaschenkow. „Und je mehr diese an den Haaren herbeigezogen sind, desto ‚geheimer‘ sind sie.“ Sollten die US-Geheimdienste nun fortfahren, solche angeblich existierenden Beweise für Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verbergen, ergänzte er, dann bedeute dies schlicht und einfach, dass es keinerlei Beweise gebe.

Der TV-Sender CNN hatte zuvor unter Verweis auf einen ranghohen US-Staatsbeamten berichtet, dass Militärs und die Geheimdienste Mitteilungen syrischer Militärs und Chemieexperten abgefangen hätten, in denen angeblich die Rede von der Vorbereitung eines Angriffs unter Einsatz von Sarin gewesen sein soll...

De.sputniknews.com: Moskau äußert sich zu UN-Sanktionsplänen gegen IS

Die Sanktionen des UN-Sicherheitsrates gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (auch IS, Daesh) sind aus Sicht Moskaus noch voller Mängel. Eine allumfassende Blockade empfiehlt dazu der russische Vizeaußenminister Gennadi Gatilow im Sputnik-Interview.

„Der UN-Sicherheitsrat hat bereits einzelne Sanktionselemente verhängt, die vor allem den Öl- sowie Kunstschnuggel betreffen“, so Gatilow. „Aus unserer Sicht ist das jedoch unzureichend, wir müssen weiter in dieser Richtung arbeiten – und eine allumfassende Blockade gegen den IS einführen, der weiterhin von außen finanziert wird und somit die Möglichkeit hat, seine Terrortätigkeit weiter zu betreiben“, betonte der Minister ferner. Russland führe diesbezüglich bereits die notwendigen Konsultationen mit seinen Partnern im UN-Sicherheitsrat. „Das ist, muss man sagen, kein einfacher Prozess. Von unserer Seite versuchen wir, unsere Kollegen im Rat dazu zu bewegen, diese Resolution im Sicherheitsrat endlich zu verabschieden“, so Gatilow.

Die Terrormiliz Daesh, die derzeit eine der Hauptbedrohungen für die Weltsicherheit darstellt, hat weite Teile Syriens und des Irak unter ihre Kontrolle gebracht und dort ein Kalifat ausgerufen. Die radikale Gruppierung will außerdem ihren Einfluss auf die Länder Nordafrikas ausweiten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31531/87/315318714.jpg>

**Nachmittags:**

De.sputniknews.com: Die USA sind in Afghanistan ohne entsprechendes UN- oder Nato-Mandat im Einsatz, wie der Leiter des Auswärtigen Ausschusses des russischen Föderationsrates (Oberhaus), Konstantin Kosatschow, via Facebook schrieb.

„In der Tat haben die Vereinigten Staaten de jure eine Operation in Afghanistan beendet, de facto aber setzen sie ihre Luftwaffen-Operationen zur ‚Neutralisierung der IS-Milizen‘ (auch Islamischer Staat, Daesh – Anm. d. Red.) fort, ohne dabei ein entsprechendes Mandat seitens der Uno oder gar der Nato zu haben“, so Kosatschow. Zuvor hätten die USA schon Militäroperationen in dem Land ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates durchgeführt...

De.sputniknews.com: Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat sich schriftlich an den Generaldirektor der Organisation für das Verbot chemischer (OPCW) gewandt, wo er die Unzufriedenheit Moskaus über die Ermittlungsmethoden der in Syrien tätigen Experten darlegt, wie der Vize-Außenminister Russlands, Sergej Rjabkow, am Freitag gegenüber Journalisten erklärte.

„Die Wiederaufnahme der Tagungsarbeit der OPCW steht am Mittwoch bevor. Bis dahin sind noch keine Entscheidungen getroffen worden. Wir haben gemeinsam mit dem Iran einen entsprechenden Beschlussentwurf zur Begutachtung des OPCW-Exekutivrates eingebracht“, so Rjabkow.

Man habe einen vom Außenminister verfassten Brief an den Generaldirektor der Organisation gerichtet, wo Moskaus Stellungnahme sowie Erläuterung ausführlich dargelegt seien, warum die Tätigkeit der sogenannten Syrien-Mission zur Ermittlung von Tatsachen der Chemiewaffeneinsätze Moskau in ihrer bisherigen Methodik nicht zufriedenstelle, so der Diplomat.

„Dieses Thema haben wir, schon lange bevor die Ereignisse auf dem Luftstützpunkt Schairat und in der Stadt Chan Scheichun passiert waren, aufgeworfen“, fuhr Rjabkow fort. Ihm zufolge halte Moskau die von der Mission formulierten Schlussfolgerungen über die aufgedeckten Tatsachen in Syrien für politisch motiviert und voreingenommen. Sie erforderten weitere Klarstellung....

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin (**Wochenrückblick**)

Im Zeitraum von **8. bis 14. April** waren in den Einheiten und Truppenteilen der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik die grundlegenden Anstrengungen auf die **Vorbereitung der bevorstehenden Kommandostabsübungen** konzentriert. Deren Hauptaufgabe ist die Erarbeitung eines einheitlichen Verständnisses der Lage an der Kontaktlinie und das Treffen von Entscheidungen im Fall einer Verschärfung der Situation.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 58 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Bei den Beschüssen des Territoriums der Republik wurden schwere Artillerie, Panzer, Mörser verschiedenen Kalibers, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 380 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt und 2672 Artillerie- und Mörsergeschosse mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **28 Ortschaften der Republik** beschossen. Am meisten waren betroffen: **Krutaja Balka, Shabitschewo, Jasinowataja, Jakowlewka, Kominternowo, Dokutschajewsk, Jasnoje, Petrowskoje, Sosnowskoje, Leninskoje, Oktjabrj, Sachanka, Spartak, das Gebiet des Flughafens, der Petrowskij- und der Kirowskij-Bezirk von Donezk**, auf deren Territorien 27 Häuser beschädigt oder zerstört wurden.

In der Folge des Feuers der ukrainischen Terroristen wurden **drei friedliche Einwohner verletzt**.

Die Verluste unter den **Soldaten der Streitkräfte** der DVR betragen **acht Tote und drei Verletzte**.

Im Verlauf der Woche haben die ukrainischen Truppen **weiterhin Lebenserhaltungsobjekte mit verbotenen Waffen beschossen**. So hatten am 9. April aufgrund von Beschädigungen von Stromleitungen folgende Ortschaften keinen Strom: Jelenowka, Signalnoje und

Luganskoje. Wir merken an, dass der Gegner zielgerichtet Stromleitungen, die sich an der Kontaktlinie befinden, beschießt, was ihre rechtzeitige Reparatur erschwert. All diese Fakten beweisen die verbrecherischen Aktivitäten des ukrainischen Kommandos in Bezug auf die friedliche Bevölkerung des Donbass, die mit Billigung der militärisch-politischen Führung der Ukraine erfolgt.

Außerdem wurden in der letzten Woche von den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte **zwei Durchbruchversuche** durch unsere Positionen im Gebiet von Kominternowo und Awdejewka unternommen. In der Folge sachkundiger Handlungen unserer Einheiten wurde der Gegner auf die Ausgangspositionen zurückgeworfen und hat dabei Verluste in einer Gesamtzahl von drei Toten und vier Verletzten erlitten.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte setzt die Verlagerung von schweren Waffen an der Kontaktlinie fort. Die OSZE-Mission stellt in ihren Berichten täglich das Fehlen von schweren Waffen an den Lagerorten fest. Insgesamt haben die Vertreter der Mission in der letzten Woche das Fehlen folgender Waffen bemerkt:

11 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“;

18 152mm-Haubitzen „Giazint-B“;

7 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“;

20 Panzer T-64 und T-72.

Die Lage an der Kontaktlinie ist in der letzten Woche **wie zuvor angespannt** geblieben. Es ist eine **Tendenz zur weiteren Verschärfung** zu beobachten. Während der Karwoche im Vorfeld des christlichen Feiertags Ostern hat die ukrainische Seite weiterhin Verbrechen gegen friedliche Bürger begangen.

Ein in seinem Zynismus aufsehenerregender Fall geschah am 10. April in Dokutschajewsk. Hier haben die ukrainischen Strafruppen den Kindergarten Nr. 11 beschossen, wo sich zu diesem Zeitpunkt Kinder befanden. Nur durch ein Wunder gab es keine Verletzten unter den Kindern.

Ich will anmerken, dass die ukrainischen **Truppen im Vorfeld wichtiger religiöser Feiertage die Intensität der Beschüsse steigern** und so zeigen, dass es bei ihnen nicht das geringste an Heiligem mehr gibt.

Am 9. April haben wir die Anwendung eines Mehrfachraketenwerfersystems „Uragan“ durch den Gegner festgestellt. Es wurde von den Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade aus geschossen.

In der Folge eines technischen Problems hat das Geschoss das vorgesehene Ziel nicht erreicht und ist 300 Meter vom Rand von Dsershinskoje detoniert. In der Folge der Explosion hat sich ein Krater mit einem Durchmesser von etwa 10 Metern und vier Metern Tiefe gebildet. Nach den Worten örtlicher Einwohner war der Treffer von einer starken Explosionswelle begleitet, aufgrund derer sie selbst in ihren Häusern hingefallen sind. Dieser Fall der Anwendung einer verbotenen Waffe durch die ukrainischen Streitkräfte wurde durch Fotos und Videos dokumentiert und an die Massenmedien übergeben. Wir wenden uns an die Vertreter der OSZE-Mission, diesen Fall zur Kenntnis zu nehmen und auf das ukrainische Militärkommando Einfluss zu nehmen, um eine Wiederholung derartiger Fälle zu verhindern. Aber nicht alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte teilen die Politik ihres Kommandos. Ukrainische Soldaten, die den ständigen Betrug und die fehlenden Soldzahlungen leid sind, zeigen immer häufiger eine Nichtunterordnung unter die Befehle ihrer Kommandeure. Ein bezeichnendes Beispiel ist ein Fall, der in der 54. mechanisierten Brigade erfolgt ist, in der sich 25 Soldaten weigerten, friedliche Ortschaften zu beschießen und der Offizier auf sie schießen musste, um die Proteststimmung in den Einheiten zu stoppen.

Nach Informationen einer Quelle aus dem Komitee der Soldatenmütter der Ukraine haben in der letzten Woche etwa **120 Soldaten eigenmächtig ihre Truppenteile verlassen** und sich um Hilfe an die Organisation gewandt. Und das sind nur die, die sich gemeldet haben.

Der chronische Personalmangel in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte zwingt das ukrainische Militärkommando, nationalistische Formationen in ihren Bestand aufzunehmen, darunter auch wahabitische. Aus diesem Grund bemerken wir ein Anwachsen der Zahl der **Söldner aus den Ländern Europas und des Nahen Ostens**, die in der „ATO“-Zone eingetroffen sind und sich dort aktiv betätigen.

Ich möchte dem ukrainischen Militärkommando versichern, dass, welche Provokationen sie

auch vornehmen, das Ergebnis immer eines sein wird – der Feind wird nicht durchkommen. Jeder Versuch eines Angriffs auf unsere Positionen wird hart unterbunden werden und die Verantwortung für die zahlreichen Opfer unter den ukrainischen Soldaten wird voll und ganz bei dem verbrecherischen Militärkommando der ukrainischen Streitkräfte liegen.

De.sputniknews.com: Moskau besorgt über Eskalation auf Koreanischer Halbinsel  
Moskau beobachtet die aktuelle Eskalation auf der Koreanischen Halbinsel mit Besorgnis und warnt vor Provokationen in der Region, wie Kremlsprecher Dmitri Peskow am Freitag sagte.

„In Moskau beobachtet man mit großer Besorgnis die Spannungseskalation auf der Koreanischen Halbinsel, wir rufen alle Staaten zur Zurückhaltung auf und warnen vor jedem Vorgehen, das als Provokationsschritt eingestuft werden könnte“, so Peskow.

Außerdem gab der Kremlsprecher an: „Russland vertritt einen konsequenten Standpunkt zu einem nicht besonders weit verbreiteten Dossier, denn es ist Anhänger der politisch-diplomatischen Methode zur Regelung aller Krisen, darunter auch der Nordkoreas“, sagte Peskow abschließend.

Zuvor hatte der nordkoreanische Vize-Außenminister erklärt: „Wir werden in den Krieg ziehen“, falls die USA das provozieren sollten. Dies war die Reaktion auf einen NBC-Bericht, wonach die USA zu einem konventionellen Angriff auf Nordkorea bereit seien, wenn die Verantwortlichen von einem bevorstehenden neuen Atomwaffentest überzeugt seien...

De.sputniknews.com: „Umsturz-Aggression“: Lawrow und seine Gäste rügen US-Angriff auf Syrien

Moskau, Damaskus und Teheran sind sich darin einig, dass der jüngste US-Raketenangriff auf Syrien ein Aggressionsakt ist. Dies sagte am Freitag der russische Außenminister Sergej Lawrow nach einem Treffen mit seinen syrischen und iranischen Amtskollegen.

„Wir haben wichtige Verhandlungen mit den Kollegen Walid Mualllem und Mohammed Dschawad Sarif absolviert, die uns ermöglichten, unsere Stellungnahmen zu der letzten Entwicklung der Ereignisse um die Syrien-Regelung zu vergleichen“, so Lawrow.

Er betonte dabei, dass der Dialog in solchem Format bereits eine Tradition sei. „Wir haben uns im Oktober 2016 zu dritt in Moskau getroffen. Und heute haben wir vor allem die Situation erörtert, die infolge der amerikanischen Raketenangriffe auf einen Stützpunkt in Syrien am 7. April entstanden ist“, sagte er weiter.

„Wir haben unsere Position bestätigt und sind uns einig, dass es sich dabei um einen Aggressionsakt und groben Verstoß gegen Prinzipien des internationalen Rechts und der UN-Charta handelte.“

Zudem sagte Lawrow: „Es ist offensichtlich für alle, dass ein Verstoß gegen internationales Recht unzulässig ist. Aggressionsaktionen solcher Art zielen offenbar darauf ab, den Friedensprozess zu unterbinden, der in der Resolution des UN-Sicherheitsrates vorgesehen ist.“

Ziel dieser Aktionen sei es offenbar, sich „von der Basiskonzeption zurückzuziehen und wieder Anlässe zu finden, um zu einem Regimewechsel zu kommen“.

Darum rief Lawrow die USA und ihre Verbündeten zu mehr Respekt vor der syrischen Souveränität auf und warnte vor jedem Vorgehen, das zu ernststen Konsequenzen nicht nur für die regionale sondern auch für die globale Sicherheit sowie für die Grundlagen führen könne, auf denen das heutige internationale Recht und die Friedensordnung beruhen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31534/01/315340162.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR  
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen,  
**Wochenrückblick**)

Die ukrainischen Truppen haben **in der letzten Woche 25 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen, dabei wurden auch von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120mm- und 82mm-Mörser verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 464 Geschosse abgeschossen. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiet folgender Ortschaften beschossen: **Kalinowka, Logwinowo, Losowoje, Nishneje Losowoje, Lomowatka, Kalinowo, Kalinowo-Borschtschewatoje, Frunse, Shelobok, Almasnoje, Donezkij, Smeloje, Krasnyj Jar sowie das Gebiet des Denkmals des Fürsten Igor.**

In der Folge des Feuers der ukrainischen Artillerie wurde **ein friedlicher Einwohner** der Republik **verletzt**, drei Häuser wurden erheblich beschädigt.

Diese Fakten zeugen nur von einem – die verbrecherische Führung der Ukraine hat nicht vor , die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen und tut alles zu ihrem Scheitern, um den von Kiew im Donbass entfachten brudermörderischen Bürgerkrieg zu rechtfertigen.

Die Vertreter der OSZE-Mission stellen weiter das Fehlen von Technik der ukrainischen Streitkräfte an den Lagerorten fest. Die Rede ist von 63 Panzern, 21 Antipanzerraketengeschützen und 32 Granatwerfern.

Das Fehlen dieser Technik und Waffen wird schon über eine lange Zeit festgestellt, aber Reaktionen von Seiten der ukrainischen Regierung darauf gibt es nicht.

Mit diesen Waffen beschießen die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte regelmäßig Ortschaften der Republik.

Die nicht kampfbedingten Verluste der Kiewer Truppen aufgrund von Alkoholmissbrauch und Verletzung von Sicherheitsmaßnahmen betragen in der letzten Woche acht Tote.

Insgesamt ist in der letzten Woche von acht Toten und sieben Verletzten unter den ukrainischen Soldaten in der Folge solcher Vorfälle bekannt geworden.

Dies zeugt von einem gleichgültigen Verhältnis der Kommandeure zu ihren Untergebenen, die der Willkür des Schicksals unter Bedingungen eines sinnlosen Bürgerkriegs preisgegeben sind.

De.sputniknews.com: Kreml stellt Bedingung für Wiederaufnahme des Syrien-Memorandums mit USA

Die Rückkehr zum Memorandum mit Washington über die Verhinderung von Zwischenfällen

im Luftraum über Syrien ist laut Kremlsprecher Dmitri Peskow möglich, wenn die USA ihre unvorhersehbaren Aktivitäten einstellen.

Zuvor hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow mitgeteilt, dass Russlands Präsident Wladimir Putin während seines Treffens mit dem US-Außenminister Rex Tillerson die Bereitschaft Moskaus verkündet habe, zum Syrien-Memorandum zurückzukehren. Dies werde möglich, falls die USA die Terrorbekämpfung als Ziel bestätigten, erläuterte der Diplomat in einer Pressekonferenz mit seinem amerikanischen Amtskollegen in Moskau. Zuvor verurteilte Putin den US-Angriff auf einen syrischen Luftstützpunkt als „Aggression gegen einen souveränen Staat“. Die russische Regierung setzte das Memorandum mit dem US-Militär zur Vermeidung von Zwischenfällen in Syrien aus.

De.sputniknews.com: Nicht von sich auf andere schließen: Damaskus kommentiert Trumps „Tier“-Beschimpfung

Das syrische Außenministerium hat die Beleidigungen des US-Präsidenten Donald Trump, der syrische Staatschef Baschar al-Assad sei „ein Tier“, kommentiert.

„Auch wenn Sie selbst ein Tier sind, müssen Sie ja nicht gleich denken, dass alle anderen auch solche sind. Baschar al-Assad ist Präsident eines souveränen Staates, der vom Volk gewählt wurde. Und ihn charakterisieren soll das syrische Volk, aber nicht Trump“, zitiert die russische Agentur RIA Novosti den Vizeaußenminister Ayman Sussan.

Damit reagierte dieser auf die jüngsten Aussagen des US-Präsidenten Donald Trump, der am Mittwoch den syrischen Staatschef als „ein Tier“ bezeichnet hatte.

Am Dienstag hatte der Sprecher des Weißen Hauses, Sean Spicer, Assad mit Hitler verglichen: „Nicht einmal ein so verachtenswerter Mensch wie Hitler hat Chemiewaffen eingesetzt“, sagte er damals. Später entschuldigte er sich dafür.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30470/60/304706092.jpg>

Dnr-online.ru: Die Regierung der DVR ist über die ungünstige ökologische Situation beunruhigt, die auf dem Territorium des Donezker Oblast, das zeitweise von der Ukraine kontrolliert wird, entstanden ist. Zum Monitoring dieses Problems wurde in der Republik eine Gemeinsame Inspektion zur Kontrolle des Sicherheitszustands der Unternehmen und der Lebenserhaltungsobjekte für die Bevölkerung des Donbass, die auf dem Territorium liegen, das sich zeitweilig unter Kontrolle der Ukraine befindet, geschaffen. Dies erklärte heute der stellvertretende Vorsitzende der Inspektion Roman Kischkan.

Besondere Besorgnis ruft das Schicksal der großen Industrieunternehmen hervor, wie das Metallkombinat „Asowstal“ (Mariupol) und die Dsershinsker Phenolfabrik.

„Eine Besonderheit stellt der Schlammsammler von „Asowstal“ dar, der im Gebiet des Asowschen Meers liegt, in einer maximalen Entfernung von 600 Meter vom Ufer. In ihm befinden sich nach vorliegenden Informationen mehr als 10 Mio. Schlacken und Schlamm.

Sie befinden sich in einer Höhe von 1,5 bis 2 m über dem Meeresspiegel. Jede Beschädigung dieses Damms wird garantiert zu einer in Bezug auf den Maßstab präzedenzlosen Verschmutzung des Meeresgebiets mit giftigen Abfällen mit unumkehrbaren Folgen führen“, sagte Roman Kischkan.

Auf der Sitzung der Inspektion ist auch geplant, die ökologische Situation in den Kohlebergwerken und Probleme, die mit der Verwendung von quecksilberhaltigen und radioaktiven Abfällen verbunden sind, zu behandeln.

Ukrinform: Bei Kämpfen im Gebiet der Antiterror-Operation in der Ostukraine sind in den letzten 24 Stunden zwei ukrainische Soldaten verletzt worden.

Das teilte am Freitag der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation (ATO), Oberst Andrij Lysenko, mit. Tote habe es nicht gegeben.

De.sputniknews.com: Moskau: Syrische Opposition soll Giftgas nutzen – OPCW schweigt  
Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Freitag der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) vorgeworfen, Hinweise aus Moskau und Damaskus über einen möglichen Einsatz von Chemiewaffen durch die syrische Opposition in Aleppo ignoriert zu haben.

Sämtliche Daten und Fakten, die der syrischen Regierung sowie den russischen Luftstreitkräften vorliegen und die darauf hindeuten, dass die Opposition Chemiewaffen eingesetzt hat, werden laut Lawrow an das Technische Sekretariat der OPCW weitergeleitet. Dazu gehörten auch Proben, die vor Ort gesammelt würden, auch in Aleppo.

„Bereits vor drei Monaten haben wir ein solches Päckchen abgeschickt, das mit einem Chemiewaffen-Einsatz in Ost-Aleppo verbunden war“, so Lawrow bei einer Pressekonferenz am Freitag. „Bislang haben wir keine Reaktion vom Sekretariat erhalten“, sagte der russische Chefdiplomat.

Am 4. April wurden bei einem mutmaßlichen Giftgas-Angriff in der syrischen Provinz Idlib Dutzende Menschen getötet. Als Reaktion hatte die US-Armee in der Nacht zum Freitag 59 Raketen des Typs Tomahawk auf den Flugplatz Schairat der syrischen Armee in der Provinz Homs abgefeuert. Washington machte die syrischen Streitkräfte, die von diesem Militärstützpunkt aus arbeiten, für die Chemieattacke auf Bürger in Idlib verantwortlich, ohne jedoch jegliche Beweise vorzulegen.

Ukrinform: Hrojsman strebt zweifache Erhöhung des Verteidigungsetats an

Nach Ansicht des Regierungschefs Hrojsman soll der Verteidigungsetat der Ukraine um das Zweifache erhöht werden.

Die heutigen Ausgaben für die Verteidigung und Sicherheit betragen 130 Milliarden Hrywnja, sagte Hrojsman in der Fragestunde der Regierung im Parlament. „Ich bin der Meinung, dass das es besser wäre, den Verteidigungshaushalt unseres Landes um das Zweifache zu erhöhen“, so der Premier. Das sei nur unter Voraussetzung des wirtschaftlichen Wachstums ohne Anstieg des Populismus möglich. Deshalb sollte man den Populismus ausrotten und eine effektive Staatspolitik zeigen.

De.sputniknews.com: Deutsche Geheimdienste empört: Merkel vertraut Briten mehr, als ihren Leuten – Medien

Vertraut Bundeskanzlerin Angela Merkel in Sicherheitsfragen den britischen Geheimdiensten mehr, als ihren eigenen Leuten? Dies legt zumindest eine Recherche von Focus nahe.

Demnach hat sich Merkel in England über Terrorbedrohungen in Deutschland und Europa mindestens zweimal informieren lassen – und zwar ohne Wissen der deutschen Behörden.

Merkels Geheimtreffen mit den britischen Geheimdienst-Chefs sorgen bei deutschen Sicherheitsexperten für Empörung:

„Frau Merkel ist in den vergangenen zwölf Jahren ihrer Kanzlerschaft nicht ein einziges Mal

in die wöchentlichen Lagebesprechungen mit den Präsidenten der deutschen Sicherheitsbehörden gekommen“, zitiert Focus einen hohen Regierungsbeamten. „Warum reist sie dann nach England – vertraut sie ihren eigenen Leuten nicht mehr?“ An den vertraulichen Treffen habe auch der Leiter des britischen Geheimdienstes Government Communications Headquarters (GCHQ) teilgenommen, der nach Erkenntnissen des Berliner NSA-Untersuchungsausschusses umfangreiche illegale Abhöraktionen in Deutschland durchführte.

Merkels letztes Geheimtreffen mit den britischen Agentenchefs soll im Oktober 2015 auf dem Landsitz des damaligen Premiers David Cameron in Chequers, 60 Kilometer nordwestlich von London, stattgefunden haben. Dem Briefing wohnten laut Focus auch Andrew Parker, Chef der Terror- und Spionageabwehr MI5, und Alex Younger, Chef der weltweiten Auslandsaufklärung MI6, bei.

Die Bundeskanzlerin habe sich für das Briefing auf eine besondere Weise bedankt, indem sie den Briten ein Dossier des Bundesnachrichtendienstes (BND) über den russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie eine Analyse zur Lage auf der Krim übergeben habe. Dieses Material wurde nach FOCUS-Recherchen in der für Nachrichtendienste zuständigen Abteilung 6 des Kanzleramts zusammengestellt. Auch davon sollen die deutschen Behörden nichts gewusst haben.

Bemerkenswert ist dabei, dass sich auch die Briten bei späteren Gesprächen mit ihren deutschen Kollegen überrascht zeigten, dass die deutschen Dienste über Merkels Geheimtreffen in England vorab nicht unterrichtet worden waren.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31534/66/315346618.jpg>

De.sputniknews.com: Vault-7: WikiLeaks veröffentlicht neue CIA-Geheimdokumente  
Die Enthüllungsplattform WikiLeaks hat am Freitag einen neuen Teil der „Vault-7“-Geheimdaten des US-Geheimdienstes CIA veröffentlicht. Das teilte die Plattform auf Twitter mit. Der neue Teil soll sechs Dokumente zum Hacker-Programm HIVE enthalten. Wie es auch heißt, sollen mithilfe dieses Programms die von elektronischen Geräten gehackten Daten an die CIA übermittelt worden sein.

Die Antiviren-Software hat die Wirkung dieses Programms verfolgen, aber nicht klären können, dass dieses Programm der CIA gehört.

Ende März hatte WikiLeaks unter dem Namen "Dark Matter" den zweiten Teil der „Vault-7“-Geheimdaten veröffentlicht.

Am 7. März hatte die Enthüllungsplattform WikiLeaks unter dem Codenamen „Vault-7“ mehr als 8.700 geheime CIA-Dokumente aus einem Hochsicherheits-Netzwerk veröffentlicht, die einen Überblick über das geheime Hacking-Arsenal der CIA enthielten, welches das gezielte Nutzen von Schwachstellen in Systemen (sogenannte Zero-Day-Exploits) ermöglichte. Mit diesen Mitteln könnten auch private iPhones von Apple, Android-Geräte, Windows-Rechner und sogar Fernseher angegriffen werden.

<https://wikileaks.org/vault7/?hive#Hive>  
[https://wikileaks.org/ciav7p1/cms/page\\_7995396.html](https://wikileaks.org/ciav7p1/cms/page_7995396.html)

De.sputniknews.com: Minister: UN-Sicherheitsrat muss aus politischem Zombie-Zustand geholt werden

Der Vize-Außenminister Russlands, Sergej Rjabkow, hat sich zu dem jüngsten harten Auftritt des russischen Vize-UN-Botschafters Wladimir Safronkow gegenüber seinem britischen Amtskollegen Matthew Rycroft im Weltsicherheitsrat in New York geäußert.

Es sei höchste Zeit, die Kollegen aus dem Uno-Sicherheitsrat aus dem politischen Zombie-Zustand herauszuführen, kommentierte Rjabkow die Reaktion des Westens auf den emotionalen Auftritt von Safronkow.

„Es reift der Zeitpunkt heran, zu dem ein ernstes emotionales Signal gesendet werden muss, anderenfalls gelingt es einfach nicht, diejenigen, die mit uns an einem Tisch im Saal des Sicherheitsrates oder des OPCW-Exekutivrats zusammensitzen, aus dem politischen Zombie-Zustand herauszubekommen“, sagte Rjabkow.

Ihm zufolge ist es erstaunlich, Kritik von den westlichen Kollegen zu hören, „die sich von Jahr zu Jahr in beleidigenden Äußerungen gegenüber Russland üben“.

Safronkow hatte den britischen UN-Botschafter Matthew Rycroft bei der Sicherheitsratssitzung am Mittwoch wegen unbegründeter Beschuldigungen Russlands scharf zurechtgewiesen.

Der britische UN-Botschafter hatte zuvor erklärt, Russland missbrauche sein Veto-Recht, unterstütze das syrische Regime unter Präsident Baschar al-Assad und den Einsatz von Chemiewaffen. Zudem äußerte er, dass „Moskau das Vertrauen eingebüßt“ habe.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31532/49/315324940.jpg>

Dan-news.info: „Von der Einheit für pyrotechnische Arbeiten des Zivilschutzministeriums wurden im Verlauf der Woche 1790 explosive Objekte gefunden und entschärft, es wurden mehr als 200 Hektar untersucht“, teilte der stellvertretende Leiter des Koordinationszentrums in Krisensituation des Zivilschutzministeriums der DVR Witalij Sarubin mit.

De.sputniknews.com: Kiewer Politiker: Bei „Säuberung“ des Donbass nicht über Grenze hinausschießen

Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Olexander Turtschynow, hat in einem Interview mit dem britischen Sender BBC gescherzt, dass das ukrainische Militär bei seiner Operation im Donbass nicht über die Grenze hinauslaufen dürfe.

„Wir haben keine andere Alternative, als zu siegen“, sagte er, daraufhin befragt, womit die

Operation im Donbass enden könnte. Ferner betonte er, dass das vergangene Jahr das erste gewesen sei, „wo wir keinen Meter Boden aufgegeben, sondern im Gegenteil Dutzende Kilometer gewonnen haben“.

Seines Erachtens besteht die Aufgabe der ukrainischen Streitkräfte darin, die Verluste minimal zu halten und „nach Osten“ vorzurücken. „Hauptsache, nicht über die Grenze hinaus“, ergänzte Turtschynow scherzhaft.

Ende Februar hatte Olexander Turtschynow erklärt, die ukrainische Armee sei nun bedeutend stärker als die Volkswehr der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Dabei meinte er, die Ukraine wäre fähig, innerhalb eines Monats den Donbass „zu säubern“.

## **Abends:**

Dan-news.info: „Heute hat die ukrainische Seite das Feuer auf **Sajzewo** eröffnet. Durch einen direkten Treffer wurde ein Haus in der Rybalko-Straße 174 beschädigt“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

De.sputniknews.com: Chinas Außenministerium: In Konflikt USA – Nordkorea wird es keinen Sieger geben

Der chinesische Außenminister Wang Yi hat aufgerufen, keine weitere Zuspitzung der Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA zuzulassen, meldet die Nachrichtenagentur AP am Freitag.

„Sollte es tatsächlich zu einem Krieg kommen, würde dieser lediglich zahlreiche Verluste verursachen. Niemand würde ihn gewinnen können“, sagte Wang in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem französischen Amtskollegen Jean-Marc Ayrault.

Dazu betonte Wang die Notwendigkeit eines Dialogs und sagte, China wolle alle Arten des Dialogs unterstützen, sei es offiziell oder nicht offiziell. „Wir fordern alle Parteien auf, gegenseitige Provokationen und Drohungen aufzugeben und die Situation nicht außer Kontrolle geraten zu lassen“, fügte er hinzu.

De.sputniknews.com: Drohungen Nordkoreas kein Bluff – Russischer Verteidigungspolitiker  
Das Mitglied des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses im russischen Föderationsrat Alexej Puschkow hat das US-Verteidigungsministerium vor militärischen Provokationen gegenüber Nordkorea gewarnt. Das Land täuscht seine Bereitschaft zu einem Gegenschlag nicht vor.

„Es sieht nicht danach aus, dass die Gegendrohungen Nordkoreas ein Bluff sind, denn die genannten Ziele befinden sich in der Reichweite von seiner Artillerie und Raketen“, schrieb er auf Twitter.

Dabei warnte Puschkow das US-Verteidigungsministerium davor, die Bereitschaft Nordkoreas zu einem Gegenschlag zu prüfen. „Ob ein Bluff oder nicht, eine Prüfung wäre ein Spiel mit dem Feuer“, äußerte er.

Zuvor hatte der Generalstab der nordkoreanischen Armee damit gedroht, Präventivschläge gegen US-Militärstützpunkte zu versetzen, sollte es zu Provokationen seitens der USA kommen. „Alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Provokationen werden konsequent durch eine übermächtige Antwort seitens unserer Armee und unseres Volks vereitelt“, hieß es.

Dabei hatte Pjōngjang versprochen, US-Militärbasen in Japan und Südkorea sowie die Residenz des Präsidenten in Seoul „in wenigen Minuten in Asche zu verwandeln“.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31422/18/314221873.jpg>

De.sputniknews.com: Donezker Republikchef: Kriegsende erst nach Machtwechsel in Kiew  
Alexander Sachartschenko, Leiter der international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk im Osten der Ukraine, glaubt nicht, dass der seit drei Jahren andauernde Konflikt mit den ukrainischen Truppen ohne einen Machtwechsel in Kiew beendet werden kann.

„Uns ist klar, dass unser Krieg erst dann endet, nachdem es in der Ukraine zu einem politischen Regimewechsel gekommen ist“, sagte Sachartschenko während einer Fragestunde mit Bürgern am Freitag. Aus seiner Sicht führt die Donezker Volksrepublik nicht mit dem ukrainischen Volk einen Krieg, „sondern mit dem verbrecherischen Regime in Kiew“. „Wir wollen uns von euch (von der übrigen Ukraine – Red.) mit keinerlei Mauern abschirmen. Ich denke, dass die Ukraine nicht länger in die Hände der Neonazis gelegt werden darf.“ Zugleich erklärte sich Sachartschenko bereit, mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zu verhandeln. „Wenn Poroschenko seine Bereitschaft zu Verhandlungen zeigt und die Entschlossenheit, den Krieg zu beenden, werde ich mich selbst mit ihm an den Verhandlungstisch setzen.“

Im Osten der Ukraine schwelt seit rund drei Jahren ein militärischer Konflikt. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Staatsstreich vom Februar in Kiew nicht anerkannt und zuerst mehr Selbständigkeit gefordert und dann unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten.

Formell gilt seit September 2015 in der Region eine Waffenruhe, dennoch kommt es immer wieder zu Zusammenstößen. Nach den jüngsten UN-Angaben sind bei den Gefechten zwischen dem Kiew-treuen Militär und örtlichen Bürgermilizen bislang insgesamt fast 10.000 Menschen ums Leben gekommen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30835/01/308350106.jpg>

De.sputniknews.com: Wer gibt CIA witzigsten neuen Namen? Online-Wettbewerb ausgeschrieben

Die Chefredakteurin des TV-Senders RT, Margarita Simonjan, hat bei Twitter einen Wettbewerb gestartet, um für den US-Geheimdienst CIA einen neuen Namen zu finden. Damit reagierte sie auf eine Erklärung des CIA-Chefs Mark Pompeo, der die Plattform WikiLeaks einen „von Russland unterstützten feindlichen Geheimdienst“ nannte.

„Es ist höchste Zeit, dass sie (die CIA – Anm. d. Red.) ihren Namen ändern“, schrieb Simonjan. „Zirkus des Russophobischen Rauschs, zum Beispiel. Oder Zentrales Sprachrohr von Geisteskranken. Welche Varianten habt ihr?“

Die Anfangsbuchstaben der von Simonjan vorgeschlagenen Varianten ergeben das Wort „ZRU“ – so lautet auf Russisch die Abkürzung CIA.

Am Donnerstag hatte Pompeo in seiner ersten öffentlichen Rede seit seinem Amtsantritt die Enthüllungsplattform WikiLeaks als „feindlichen Geheimdienst“ bezeichnet, der von Russland unterstützt werde.

Die USA haben Moskau wiederholt vorgeworfen, die Server der Demokratischen Partei angegriffen und die erbeuteten Daten an WikiLeaks weitergeleitet zu haben. Russland hat diese Beschuldigungen stets zurückgewiesen. Auch der WikiLeaks-Gründer Julian Assange hat jegliche Verbindung zu russischen Behörden bestritten.